

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 94 (2000)
Heft: 12

Artikel: "Weniger Solidarität!" - Die neue Parole des Nationalkonservatismus :
Max Keller zum Jubiläum 25 Jahre Direktor der Paulus-Akademie
Autor: Spieler, Willy
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-144272>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

«Weniger Solidarität!» – Die neue Parole des Nationalkonservatismus

Max Keller zum Jubiläum 25 Jahre Direktor der Paulus-Akademie

Wenn Max Keller ein Jubiläum feiert, dann geht es ihm nicht um die eigene Person, sondern um die Sache, für die er steht. So beging auch die Paulus-Akademie die 25-jährige Tätigkeit ihres Leiters am 26. November als Symposium unter dem Psalm-Wort «Wo Gerechtigkeit und Frieden sich küssen». Der erste Teil stand allerdings unter dem Titel «Der <gefrorene Kuss>» und meinte damit «Gerechtigkeit und Frieden heute». Der Redaktor der Neuen Wege behandelte das Thema mit Blick auf die konservative Rechte in der Schweiz. Red.

Lieber Max Keller

Wenn ich Deine sozialetische Arbeit in der Paulus-Akademie auf den Begriff bringen sollte, würde ich diesen Begriff «Solidarität» nennen. Du hast in den Neuen Wegen vor genau einem Jahr Solidarität als «Rechtspflicht» bezeichnet, «die aus Gerechtigkeit geschuldet» sei (1999, S. 348). Deine «Klärungen» erweisen sich als hilfreich in der Auseinandersetzung mit dem Nationalkonservatismus. Sie verweigern sich dem «kalten Kuss», der Wärme verheisst. Das hat es ja wohl noch nie gegeben, dass eine Partei mit dem Werbespruch «Weniger Solidarität» auf Stimmenfang geht. Dieser Slogan der kantonalzürcherischen SVP vor den letzten Nationalratswahlen richtete sich einerseits gegen den Sozialstaat und lautete «Weniger Solidarität – mehr Eigenverantwortung», andererseits gegen die Asylpolitik und hiess: «Weniger Solidarität – weniger Asylmissbrauch».

«Zwangssolidarität»

«Weniger Solidarität» ist der ideologische Klartext für einen *Klassenkampf von oben*, der nach 1989 immer dreister abläuft. «Wieviel Sozialstaat können wir uns noch

leisten?» fragen Leute, die es sich leisten können, auf ihn zu verzichten. Und die das heute auch ungestraft sagen können. Denn heute hat das herrschende System das verloren, was es für das Wichtigste hält: die *Konkurrenz*. Ein Leitartikler der NZZ meint in einem «späten Nachruf auf die Sowjetunion» (28./29.12.96), «die soziale Herausforderung, welche die Sowjets lanciert hätten», sei jetzt «hinfällig». Im Systemwettbewerb mit den sog. sozialistischen Staaten habe der Kapitalismus noch beweisen müssen, «dass die eigene Seite dem einzelnen auch an sozialem Schutz unvergleichlich mehr bot». Heute sei dieser Wettbewerb «nicht einmal eine Erinnerung mehr wert».

Heute, ja heute kann der bekannte Albisgüetli-Redner gegen die «Solidaritätsschwätzer» hetzen. Er sagt unter dem Beifall seiner schenkelklopfenden Getreuen: «Es ist einfach, das Geld anderer Leute zu verteilen und sich damit erst noch zu brüsten.» Oder: «Wahrhaft soziales Verhalten bedeutet, für sich selbst zu sorgen und den andern nicht zur Last zu fallen.» Solidarität als sozialetisches Prinzip wird durch ein neues Unwort besetzt und verdrängt, durch das Unwort der «Zwangssolidarität».

Solidarität ohne Rechtspflicht und ohne Rechtsanspruch verkommt jedoch zur

Mildtätigkeit für die Bedürftigen. Sie schafft *Abhängigkeit* von dem, der gibt. Sie ersäuft das Recht «im Mistloch der Gnade», wie schon der alte Pestalozzi 200 Jahre vor Blocher vor Blocher warnte. «Wie recht er doch hat», ich meine den Pestalozzi.

Es gibt nichts, was nicht auch eine *theologische Begründung* finden könnte. Ein Pfarrer aus Schwerzenbach übernimmt den Begriff der Zwangssolidarität, um aus ihm den willkommenen Gegensatz zur christlichen Nächstenliebe zu konstruieren: «Anstatt dass Nächstenliebe als Folge der Gottesliebe entdeckt und ihr etwas zugetraut wird, verpufft sie in der Delegation an den Staat und verhärtet zu Macht» (NZZ, 4./5.11.95). Der Sozialstaat ist dann das strukturell Böse, das die Nächstenliebe verdrängt. Statt dass wir uns um unsere Kinder, unsere Eltern, unsere Nächsten kümmern, delegieren wir die Erfüllung unserer Pflichten an den Staat.

Nur gerade den «*wirklich Bedürftigen*» soll geholfen werden. Aber wer sind die «*wirklich Bedürftigen*»? Ein ehemaliger NZZ-Redaktor, der wegen einer Behinderung von einer IV-Rente leben musste, schrieb: «Was unterscheidet einen <Bedürftigen> von einem <wirklich Bedürftigen>? Nichts anderes als das Vorurteil, die meisten Betroffenen seien gar nicht bedürftig, sondern täten nur so. Die Botschaft lautet gleich zu Beginn: Trau keinem Bedürftigen, er könnte ein sozialer Schmarotzer sein... In dieser Terminologie kann man nur reden (und schreiben), wenn man selber nicht <bedürftig> ist ... Andernfalls müsste der Affront überdeutlich zutage treten, der in solchen Begriffen enthalten ist. Bedürftig sein heisst (materiell) abhängig sein, abhängig sein heisst unfrei sein; andere bestimmen darüber, welche materiellen Bedürfnisse noch befriedigt werden dürfen, was einem Bedürftigen noch zusteht» (NZZ 16.4.96).

Für die «*wirklich Bedürftigen*» braucht es keinen Sozialstaat. Es genügt die öffentliche Fürsorge. Den Sozialstaat durch den «*Fürsorgestaat*» zu ersetzen, ist denn auch das erklärte Ziel der Zürcher SVP. Wenn es nach ihrer Kantonsratsfraktion ginge, sollte die

angeblich allzu grosszügige Fürsorge erst noch auf das betriebsrechtliche Existenzminimum heruntergefahren werden. Der Fürsorgestaat mit seiner Unterscheidung zwischen «Bedürftigen» und «wirklich Bedürftigen» wäre *das* Disziplinierungsmittel in der Hand der Neokonservativen.

In der Ablehnung der Solidarität als Rechtspflicht stehen die Neokonservativen nicht allein. Sie erhalten Schützenhilfe von den Ideologen des *Neoliberalismus*. Für einen *Friedrich August von Hayek* zum Beispiel gibt es keine Sozialethik. «Soziale Gerechtigkeit» ist für ihn ein «Schlagwort des Sozialismus», auf das leider auch die Kirchen hereingefallen seien. Darauf verweist das neuste Pamphlet aus Herrliberg «Freiheit statt Sozialismus». Sein Verfasser meint, dass Begriffe wie «Solidarität», «soziale Gerechtigkeit» und «Frieden» uns einlullten wie «süßes Gift», eben wie das «süße Gift des Sozialismus» nach Hayek. Was gerecht ist, sagt nicht irgendeine Sozialethik, sondern der Markt. Ein deutscher Ökonomieprofessor, Hermann Sautter, schreibt in der Ökumenischen Rundschau (Januar 1995, S. 464): «Der Markt sorgt in objektiver Weise für Solidarität, auch wenn die einzelnen das gar nicht so empfinden.» Solidarität beruht nicht mehr auf Ethik, sondern wird durch den Markt von selbst, *ex opere operato*, hervorgebracht.

«Asylantismus»

Natürlich nehmen die *sozialen Verwerfungen* zu, wenn der Sozialstaat abgebaut wird. Aber schuld an diesen Verwerfungen sind nicht die Solidaritätsverweigerer, nein, dazu bedarf es eines *Sündenbocks*. Die Albigüetlirede bezeichnet ihn mit dem weiteren Unwort des «Asylantismus». Bedroht werden wir nicht durch den sog. Standortwettbewerb, den uns die entfesselten Märkte im Dienst eines raffgierigen Kapitals aufdrängen. Nein, die eigentliche Bedrohung kommt von der düsteren Gestalt des Asylanten, der die Schweizerfahne zerreisst.

Diese Sündenbockstrategie verfährt und treibt den Rechtskonservativen neue Wählerinnen und Wähler zu. So profitiert der

Nationalkonservatismus gleich zweimal von seiner *Anti-Ethik*: Einerseits bereichert er sich oder seine Klientel durch *Steuergeschenke* zulasten des Sozialstaates. Andererseits lässt er die Modernisierungsverlierer glauben, *schuld* an ihrer Misere seien jene, die von *noch weiter unten* kommen und ihnen Sozialleistungen sowie Arbeitsplätze streitig machten. So gelingt es dem Nationalkonservatismus, gleich noch den Frust auszubeuten, den er selber produziert. Wahlentscheidende Themen 1999 waren 1. Asylmissbrauch, 2. Steuersenkungen und 3. Neutralität, nicht aber Sozialabbau.

Gottfried Keller hat diesen Zerfall der Solidarität vorausgesehen, als er im «Fähnlein der Sieben Aufrechten» vor den Millionenkerlen warnte, die in der Zwischenzeit zu Milliardenkerlen mutiert sind: «Glücklicherweise gibt es bei uns keine ungeheuer reichen Leute, der Wohlstand ist ziemlich verteilt; lass aber einmal Kerle mit vielen Millionen entstehen, die politi-

sche Herrschsucht besitzen, und du wirst sehen, was die für einen Unfug treiben...»

Max Keller hat es gesagt und geschrieben: Solidarität will Strukturen der sozialen Gerechtigkeit. Sie geht aus vom *Grundrecht auf ein menschenwürdiges Leben*; denn nur der sozialstaatlich verbürgte Rechtsanspruch gewährleistet die Existenzsicherung ohne Ansehen der Person. Liebe, die soziale Gerechtigkeit ersetzen wollte, wäre lieblos. Diese Sozialethik zu erinnern und zu entwickeln ist eine zentrale Aufgabe unserer Akademien. «Erwachsenenbildung auf Veränderung» hin hiess einmal eine Veranstaltung, zu der Max Keller in den 70er Jahren eingeladen hatte. Vieles hat sich seither «verändert», aber nicht unbedingt im Sinne der Solidarität. Lieber Max, Erfolg ist keine biblische Verheissung, Resignation darum erst recht keine christliche Maxime. Du machst uns Mut, dran zu bleiben, und sei es in Millimeterarbeit, dran an der Solidarität!

Carl Ordnung

Rechtsextremismus – wohin geht unsere Gesellschaft?

Aus dem ehemaligen Ostberlin meldet sich Carl Ordnung mit wichtigen Überlegungen zum Rechtsextremismus, der von (nicht nur) westdeutschen Medien gerne mit Defiziten innerhalb der Gesellschaft der ehemaligen DDR «erklärt» wird, derweil er weit mehr das Abbild einer Marktgesellschaft ist, die das zwischenmenschliche Verhalten zunehmend brutalisiert.

Red.

Aus der Mitte der Gesellschaft

Bundestagspräsident *Wolfgang Thierse* hat, noch bevor die grosse öffentliche Debatte über die Ursachen des Rechtsextremismus losbrach, mehrfach darauf aufmerksam gemacht, dass diese Erscheinung deshalb gefährlich und beängstigend sei, weil sie aus der «Mitte der Gesellschaft» komme und *nicht als Randerscheinung* ab-

getan werden könne. Wenn das stimmt, dann greifen die meisten Vorschläge, die jetzt von der Regierung und anderen Seiten vorgelegt werden, zu kurz. Ich bin zwar auch für ein *Verbot der NPD* und ähnlicher Organisationen. Das wäre eine Konsequenz aus unserer Geschichte, und es entspräche der Würde der Demokratie. «Faschismus ist keine Meinung. Faschismus ist ein Verbrechen», heisst es zutreffend auf